

GEMEINDE MECKENBEUREN

BODENSEEKRIS

- **Planungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan
"Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A"**
 - **Örtliche Bauvorschriften für das Gebiet
"Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A"**
 - **Aufhebung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1" im
Bereich der Grundstücke Teil v. Flst. 888/3, Teil v. Flst. 888/4, Teil v. Flst.
888/5, Teil v. Flst. 888/6, Teil v. Flst. 888/7, Teil v. Flst. 888/8, Teil v. Flst. 888/
14, Teil v. Flst. 888/15, Teil v. Flst. 896/11 u. Teil v. Flst. 1077, Gemarkung
Kehlen**
-

Als Rechtsgrundlage dieses Bebauungsplanes kommen zur Anwendung:

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), berichtigt durch Bekanntmachung vom 16.01.1998 (BGBl. I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 10 des Gesetzes vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718).
 2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 i.V.m. Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl. II S. 885, 1124), durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).
 3. Landesbauordnung (LBO) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl. S. 617), geändert durch Gesetze vom 15.12.1997 (GBl. S. 521) und vom 19.12.2000 (GBl. S. 760).
 4. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58).
-

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

1. **PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**

(§ 9 BauGB und BauNVO)

1.01 **Art der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Einschränkungen
gem. § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO

Mischgebiet MI (§ 6 BauNVO)

Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Vergnügungstätten ausgeschlossen.

1.02 Maß der baul. Nutzung
(§ 16 Abs. 2 BauNVO)

- (a) höchstens: wie im Plan eingetragen und durch Baugrenzen und Nutzungsschablone bestimmt.
- (b) In der Nutzungsschablone ist die max. Grundfläche pro freistehender baulicher Einzelanlage (Hausform) festgelegt. Eine bauliche Einzelanlage (Hausform) kann aus mehreren Gebäuden bestehen, die an ihren Brandwänden zu eben dieser baulichen Einzelanlage (Hausform) zusammengeschlossen sind.

1.03 Gebäudehöhen
(§ 16 Abs. 2 BauNVO)

Entsprechend den Einschrieben im Plan mit Angaben zur Traufhöhe (TH) und max. Firsthöhe (FH) bei Satteldach bzw. max. Höhe Oberkante Dach (OK D) bei Flachdach bzw. Pultdach über festgelegter EFH (Erdgeschossfußbodenhöhe).

Die Oberkante Dach (OK D) ist hier definiert

- für Pultdächer durch den höherliegenden Schnittpunkt der Aussenwand mit der Dachhaut
- für Flachdächer durch die Oberkante der Attika.

1.04 Bauweise
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO)

o = offene Bauweise

1.05 Nebenanlagen
(§ 14 BauNVO)

Außerhalb der durch Baugrenzen festgelegten überbaubaren Fläche sind Nebenanlagen nicht zulässig.

1.06 Garagen und überdeckte Stellplätze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 11 BauGB)

- (a) Garagen und überdachte Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Garagen müssen bei senkrechter Zufahrt von der öffentlichen Verkehrsfläche mind. einen Abstand

von 5 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einhalten. Bei Carports (überdachte Stellplätze) dürfen vorgesehene seitliche Wandsysteme erst 2,50 m hinter der zugehörigen öffentlichen Verkehrsfläche angeordnet werden, bei Stützen kann dieser Abstand auf 1 m verkürzt werden. Das Dach darf bis auf 0,50 m an die öffentliche Verkehrsfläche heranreichen.

- (b) Im Vorbereich (zwischen Gebäude und Verkehrsfläche) der Grundstücke darf die Fläche der Stellplätze 40 % der Fläche zwischen Gebäude und öffentlichem Verkehrsraum pro Grundstück nicht überschreiten.

1.07 Geh-/ Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Die im Plan eingetragenen privaten Geh-, Fahr- und Leitungsrechte dienen der Erschließung der vorhandenen Hinterliegergrundstücke 896/24, 896/25 und 896/26.

2. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (§ 74 LBO)

2.01 Höhenlage der Gebäude (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens (EFH) ist max. 60 cm über der Höhe der durch die Gebäudemittelachsen markierten niedrigsten Geländeoberkante zulässig.

2.02 Dachform und Dachdeckung (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

- (a) Hauptgebäude Satteldach, Neigung entsprechend Eintrag in den Nutzungsschablonen.

Dachdeckung Ton- oder Betondachsteine in der Farbskala rot bis braun. Bei Wintergärten u.ä. ist Glas zulässig.

Dachaufbauten sind in Form von stehenden Gauben mit max. 1,50 m Breite zulässig. Dacheinschnitte sind bis zu einer Breite von max. 2,50 m zulässig. Bei Dachaufbauten und -einschnitten muß der Abstand zur Giebelwand des Gebäudes mind. 0,80 m betragen; zur Traufe muß das Dach mit mind. 2 Ziegelreihen durchlaufen.

Die Ausbildung von Nebengiebeln ist zulässig, wobei die Basisbreite 6,0 m nicht überschreiten darf. Die Firsthöhe des Nebengiebels muß mind. 1,80 m unter der Firsthöhe des Hauptdaches des Gebäudes liegen.

- (b) Bei rein gewerblich genutzten Gebäuden: Flachdach, Pultdach oder Satteldach. Bei Pultdach Hauptgebäude bis max. 10° Neigung, bei Satteldach bis max. 28° Neigung.

Helle und/ oder spiegelnde Materialien zur Dachdeckung sind ausgeschlossen.

2.03 Äußere Gestaltung (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Zusammenhängende großflächige, grelle Farbgebungen sind unzulässig. Bei der äußeren Gestaltung ist darauf zu achten, daß großflächige Fassadenverkleidungen bzw. Fassadenelemente aus Kunststoff, Metall, Faserzement und Keramik vermieden werden. Balkone und Loggien müssen in die Fassade gestalterisch integriert werden (keine frei vorgehängten "Schubladenbalkone").

2.04 Werbeanlagen (§ 74 Abs. 1 Nr.2 LBO)

Werbeanlagen über 1,5 qm sind nur am Ort der Leistung, d.h. an den Gebäuden zulässig; die Werbeanlage darf bei Flachdach nicht über die Oberkante Attika des Gebäudes und bei geneigten Dächern nicht über die Traufe (Schnittpunkt Dachhaut/ Wand, bei Pultdächern dabei der tieferliegende Schnittpunkt) hinausragen.

Beleuchtete Werbeanlagen sind so einzurichten, daß die Verkehrsteilnehmer auf der Max-Eyth-Strasse bzw. Sömmerringstraße nicht geblendet werden.

2.05 Garagen

(§ 74 Abs.1 Nr.1 LBO)

(a) Bauart

nur massive Bauweise (Mauerwerk oder Beton jeweils verputzt) zulässig.

(b) Dachform/ Dachdeckung/ Dachneigung

Dachform bei freistehenden Garagen sowie Material der Bedachung wie am Hauptbaukörper oder Dachbegrünung. Die Dachneigung bei freistehenden Garagen wird mit mind. 23° festgesetzt, First bei Grenzbauten senkrecht zur zugehörigen Grundstücksgrenze. Bei Garagen am Hauptbaukörper, wenn keine andere Nutzung (Terrasse o.ä.), Einbeziehung unter Hauptdach.

2.06 Überdachte Stellplätze

(§ 74 Abs.1 Nr.1 LBO)

Offene, überdachte Stellplätze sind als Holz- oder Metallkonstruktionen zulässig. Eventuelle Dachneigung, Firstrichtung und Dachdeckung wie bei Garagen.

2.07 Ausbildung von Stellplätzen

(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Nach der LBO erforderliche Stellplätze, sind mit Rasenpflaster, Schotterrassen oder ähnlicher wasserdurchlässiger Befestigung auszuführen.

2.08 Vorgärten, Vorplätze und Anpflanzungen

(§ 74 Abs. 1 Nr.3 LBO)

Die nicht überbauten oder nicht als Hofraum dienenden Flächen sind als extensive Wiesen oder als Zier- oder Nutzgärten anzulegen und zu unterhalten.

2.09 Ausbildung von Hofflächen

(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

- (a) Als Hofbefestigungen, Garagenzufahrten o.ä. sind oberflächenwasserdurchlässige Beläge zu verwenden.

- (b) Flächen, auf denen wassergefährdende Stoffe i.S. des Wasserhaushaltsgesetzes und Wassergesetzes (WHG/ WG) Baden-Württemberg anfallen können, sind gegen das anfallende Medium beständig, sicher und dauerhaft zu versiegeln.
Für die Beurteilung, ob eine Behandlung des auf diesen Flächen anfallenden Oberflächenwassers notwendig ist, sind die Bestimmungen des WHG und WG Baden-Württemberg maßgebend.

2.10 Einfriedungen
(§ 74 Abs. 1 Nr.3 LBO)

Sofern Einfriedungen überhaupt vorgenommen werden: Rasenkantensteine bis 10 cm Höhe und Hecken oder Holzzäune bis insgesamt 70 cm Höhe. Maschen- und Spanndrahtzäune sind nur in Verbindung mit dichter Eingrünung zulässig.

2.11 Leitungen und Antennen
(§ 74 Abs. 1 Nr. 4 LBO)

Niederspannungsfreileitungen sind zu verkabeln.
Pro Hauptgebäude ist nur eine Außenantenne und zwar auf dem Dach, zulässig; die Antenne darf nicht mehr als 2,00 m über den First hinausragen.

3. HINWEISE

- 3.1 Zu jedem Baugesuch ist ein Freianlagenentwurfsplan mit Aussagen über Lage, Zufahrt und Oberfläche von Stellplätzen, Lagerflächen usw., über die Baumarten und -standorte und über die sonstigen Pflanzflächen mit ihrer vorgesehenen Bepflanzung und Angaben zu Verlauf, Höhe und Art der Einfriedungen, Maßnahmen zur Versickerung des Oberflächenwassers und zur ordnungsgemäßen Ableitung von behandlungsbedürftigem Oberflächenwasser der Baugenehmigungsbehörde vorzulegen.
- 3.2 Zur Festlegung der Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH, vgl. Ziff. 2.01) sind die Bauvorlagen durch mindestens zwei örtlich aufgenommene Geländeschnitte entlang den Gebäudeaußenseiten zu ergänzen.

- 3.3 Mutterboden, kulturfähiger Unterboden und sonst. unbelasteter Erdaushub ist zur Wiederverwertung im Baugebiet vorzusehen - Prinzip des Erdmassenausgleichs.
- 3.4 Es wird allgemein empfohlen, die durch Grundrißgestaltung und Materialwahl gegebenen Möglichkeiten zur Verringerung von Lärmimmissionen wahrzunehmen.
Durch den nahegelegenen Flughafen Friedrichshafen kann es zu Fluglärmbelastungen kommen.
- 3.5 Für den Einsatz von Baukränen ist nach LuftVG eine gesonderte Genehmigung des Innenministeriums von Baden-Württemberg erforderlich. Diese Genehmigung ist rechtzeitig (mind. 10 Werkta-ge) vor der beabsichtigten Aufstellung eines Baukrans vom Bauherrn zu beantragen.
- 3.6 Die Entwässerung öffentlicher Geh- und Radwegflächen in angrenzende private Grünflächen ist zu dulden. Wenn für die Herstellung bzw. den Ausbau der öffentlichen Verkehrsflächen aus topografi-schen und konstruktiven Gründen auf den angrenzenden Grundstücken Aufschüttungen, Abgra-bungen, einschl. der notwendigen Betonabstützung für Rabatten erforderlich sind, die vom Bau-lastträger hergestellt werden, so sind diese von den jeweiligen Grundstückseigentümern zu dul-den.
- 3.7 Das Plangebiet liegt teilweise im Überprüfungsgebiet nach dem Gutachten "Analyse der Wirbel-schleppenproblematik im Anflugbereich des Flughafens Friedrichshafen und Erörterung von Maß-nahmen zu deren Entschärfung" von Prof. Hein und Prof. Dr. Schäfer aus dem Jahr 1999. Um Wir-belschleppenschäden durch landende Flugzeuge auszuschließen, sollten die Dächer bei Neubau-ten oder Umbaumaßnahmen nach DIN 1055, Teil 4, Ausgabe 1986, ausgeführt werden. Eine Dachverklammerung wird empfohlen.
- 3.8 Bei Neubaumaßnahmen ist die Durchführung von baulichen schalldämmenden Maßnahmen zu empfehlen, damit die Orientierungswerte nach DIN 18005 für das Mischgebiet nicht überschritten werden. Der Orientierungswert nach DIN 18005, der für Mischgebiete eingehalten werden sollte, liegt tags (6.00 Uhr bis 22.00 Uhr) bei 60 dB(A).
- 3.9 Die Bestimmungen des § 20 Denkmalschutzgesetz sind zu beachten: Sollten im Zuge von Erdar-beiten archäologische Funde (Scherben, Metallteile, Knochen) oder Befunde (Mauern, Gräber, Gruben, Brandschichten) angetroffen werden, ist die Archäologische Denkmalpflege beim Regie-rungspräsidium Tübingen, Abteilung 2, Referat 21, unverzüglich zu benachrichtigen. Die Möglich-keit zur Fundbergung und Dokumentation ist einzuräumen.

4. **AUFHEBUNG BESTEHENDER FESTSETZUNGEN**

Mit Inkrafttreten des vorliegenden Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A" werden die in diesem Bereich und im Bereich der Grundstücke Flst. Teil v. 888/3, Teil v. 888/4, Teil v. 888/5, Teil v. 888/6, Teil v. 888/7, Teil v. 888/8, Teil v. 888/14, Teil v. 888/15, Teil v. 896/11 u. Teil v. 1077, Gemarkung Kehlen (siehe Darstellung im Planteil) bisher gültigen Festsetzungen des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1" aufgehoben.

Am 03.05.2006 als Satzung beschlossen.

Meckenbeuren, den

.....

(Weiß)

Bürgermeister

03.05.2006

Architekten BDA
Stadtplaner SRL

KRISCHPARTNER

Reutlinger Straße 4
72072 Tübingen
T 07071 - 9148 0
F 07071 - 9148 30

info@krischpartner.de
www.krischpartner.de

GEMEINDE MECKENBEUREN

BODENSEE-KREIS

Begründung

- zum Bebauungsplan "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A",
- zu den örtlichen Bauvorschriften für das Gebiet "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A",
- zur Aufhebung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1" im Bereich der Grundstücke Teil v. Flst. 888/3, Teil v. Flst. 888/4, Teil v. Flst. 888/5, Teil v. Flst. 888/6, Teil v. Flst. 888/7, Teil v. Flst. 888/8, Teil v. Flst. 888/14, Teil v. Flst. 888/15, Teil v. Flst. 896/11 u. Teil v. Flst. 1077, Gemarkung Kehlen

(§ 9 Abs. 8 BauGB)

1. Der Gemeinderat von Meckenbeuren hat am 18.09.1995 beschlossen, den bestehenden Bebauungsplan "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1" zu überarbeiten. Der seit 12.08.1970 rechtsgültige Bebauungsplan ist in weiten Teilen als Gewerbegebiet festgesetzt. Aufgrund der Nutzungsentwicklung, die sich in den vergangenen Jahren im Planungsgebiet und vor allem in den angrenzenden Gebieten vollzogen hat, erscheint die Beibehaltung des Status "Gewerbegebiet" nicht mehr in allen Teilen des Bebauungsplanes sachgerecht. Im Interesse des Immissions- und Lärmschutzes der in hohem Maße vorhandenen Wohnbebauung soll über eine Neufestsetzung des Gebietscharakters nachgedacht werden, zumal die meisten der existierenden gewerblichen Betriebe auch in einem Mischgebiet bestehen können.

Der vom Gemeinderat Meckenbeuren am 12.05.1997 gebilligte Planentwurf zur Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1" umfasste zunächst dessen gesamten Geltungsbereich. Vom Gewerbeaufsichtsamt Sigmaringen, aber auch im Rahmen der im Oktober 1998 durchgeführten Bürgerbeteiligung von Grundstückseigentümern und Gewerbetreibenden vorgebrachte Äußerungen führten zu einer Teilung des Planungsgebietes. Entsprechend Beschluß des Gemeinderates vom 06.02.2002 wird das Bebauungsplanverfahren nun für den "Bereich A" weitergeführt, vergleiche **Anlage 1** zur Begründung.

2. Das Planungsgebiet des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A" und der örtlichen Bauvorschriften für das Gebiet "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A" befindet sich innerhalb der überbauten Ortslage.

Es wird begrenzt

im Norden: von der Dornierstraße sowie den Flurstücken 896/11 und 914,
im Osten: vom Flurstück 892,
im Süden: von der Sömmeringstraße,
im Westen: von der Max-Eyth-Straße.

Das Planungsgebiet hat eine Fläche von ca. 0,45 ha.

Die im Planungsgebiet befindlichen Grundstücke dienen neben dem Wohnen der Unterbringung von verschiedenen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben mit Verkaufsräumen.

3. Die künftige Nutzung ist als Mischgebiet festgesetzt. Das Planungsgebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Meckenbeuren als gemischte Baufläche (Bestand) dargestellt. Daraus ist die Festsetzung eines Mischgebietes im Sinne des § 8 Abs. 2 BauGB als entwickelt anzusehen.

Ziel der Ausweisung des bisher als Gewerbegebiet festgesetzten Planungsgebietes als Mischgebiet ist es, zum einen Nutzungskonflikte zu den benachbarten Wohngebieten Matthias-Erzberger-Straße/ Dornierstraße zu entschärfen und zum anderen der Wohnnutzung im Planungsgebiet selbst Rechnung zu tragen. Mit der Festsetzung als Mischgebiet sind die vorhandene Nutzung im Planungsgebiet und die Verbindung von Wohnen und Arbeiten auf diesen Grundstücken auch weiterhin gewährleistet.

Aufgrund der benachbarten Wohnbebauung werden Vergnügungsstätten im Planungsgebiet ausgeschlossen.

Aus Gründen einer dem städtebaulichen Erscheinungsbild und dem Nutzungscharakter entsprechenden Gebäudestruktur/ Gebäudekornung werden für das Planungsgebiet die maximalen Grundflächen der freistehenden baulichen Einzelanlagen (Hausformen, die auch aus dem Zusammenschluß mehrerer Gebäude bestehen können) festgesetzt. Die maximalen Grundflächen sind so gewählt, daß sie auch künftig den ausgeübten Nutzungen angemessen sind. Zudem beinhalten sie gegenüber dem Gebäudebestand einen Erweiterungsspielraum, sofern die vorhandenen Grundstücksgößen dem nicht entgegenstehen.

Die festgesetzte Höhenentwicklung der baulichen Anlagen entspricht dem bestehenden städtebaulich-räumlichen Erscheinungsbild.

4. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über das bestehende öffentliche Straßensystem und ist ausreichend ausgebaut. Darüber hinaus stellen private Geh-, Fahr- und Leitungsrechte die notwendige Erschließung der vorhandenen Hinterliegergrundstücke 896/24, 896/25 und 896/26 sicher. Diese bereits bestehenden privaten Geh-, Fahr- und Leitungsrechte sind im Lageplan eingetragen.
5. Eine naturschutzrechtliche Eingriffs-/ Ausgleichsbetrachtung - im vorliegenden Bebauungsplanverfahren noch nach § 8a Bundesnaturschutzgesetz - ist für das Planungsgebiet nicht erforderlich. Es handelt sich um einen überplanten Bereich nach § 30 BauGB. Im räumlichen Geltungsbereich existiert der rechtskräftige Bebauungsplan "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1", der mit der vorliegenden Planung geändert werden soll. Nach Prüfung der künftig geplanten Festsetzungen kann gegenüber den bestehenden rechtskräftigen Festsetzungen kein zusätzlicher Eingriff in Natur und Landschaft festgestellt werden. Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden weder erweiterte Baumöglichkeiten geschaffen, noch rechtskräftige grünordnerische Festsetzungen (nicht vorhanden) reduziert. Somit ist die naturschutzrechtliche Ausgleichsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz nicht anzuwenden.

Die im Bebauungsplan "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A" enthaltenen weiteren Festsetzungen zu Gebäuden, Stellplätzen und Grundstücken sind in der vorliegenden Form konzipiert, um eine städtebaulich sinnvolle, architektonisch attraktive und umweltfreundliche Gestaltung des Baugebietes aktiv zu unterstützen.

6. Im nördlichen Bereich des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1" wurden abweichend von der im Bebauungsplan festgesetzten Nutzung Gebäude mit einer reinen Wohnnutzung erstellt sowie öffentliche Verkehrsflächen angelegt. Die bebauten Grundstücke in diesem Bereich grenzen an Wohngrundstücke an und bilden mit diesen einen Innenbereich nach § 34 Baugesetzbuch.

Nachdem in der Vergangenheit die bauliche Entwicklung durch abweichende Genehmigungspraxis in vielfacher Weise über die Festsetzungen des Bebauungsplanes hinausgegangen ist, ist die Aufhebung des Bebauungsplanes in diesem Teilbereich (siehe Darstellung im Planteil) erforderlich und sachgerecht.

Anlage: Abgrenzung des Planungsgebietes

Am 03.05.2006 als Satzung beschlossen.

Meckenbeuren, den

.....

(Weiß)

Bürgermeister

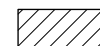
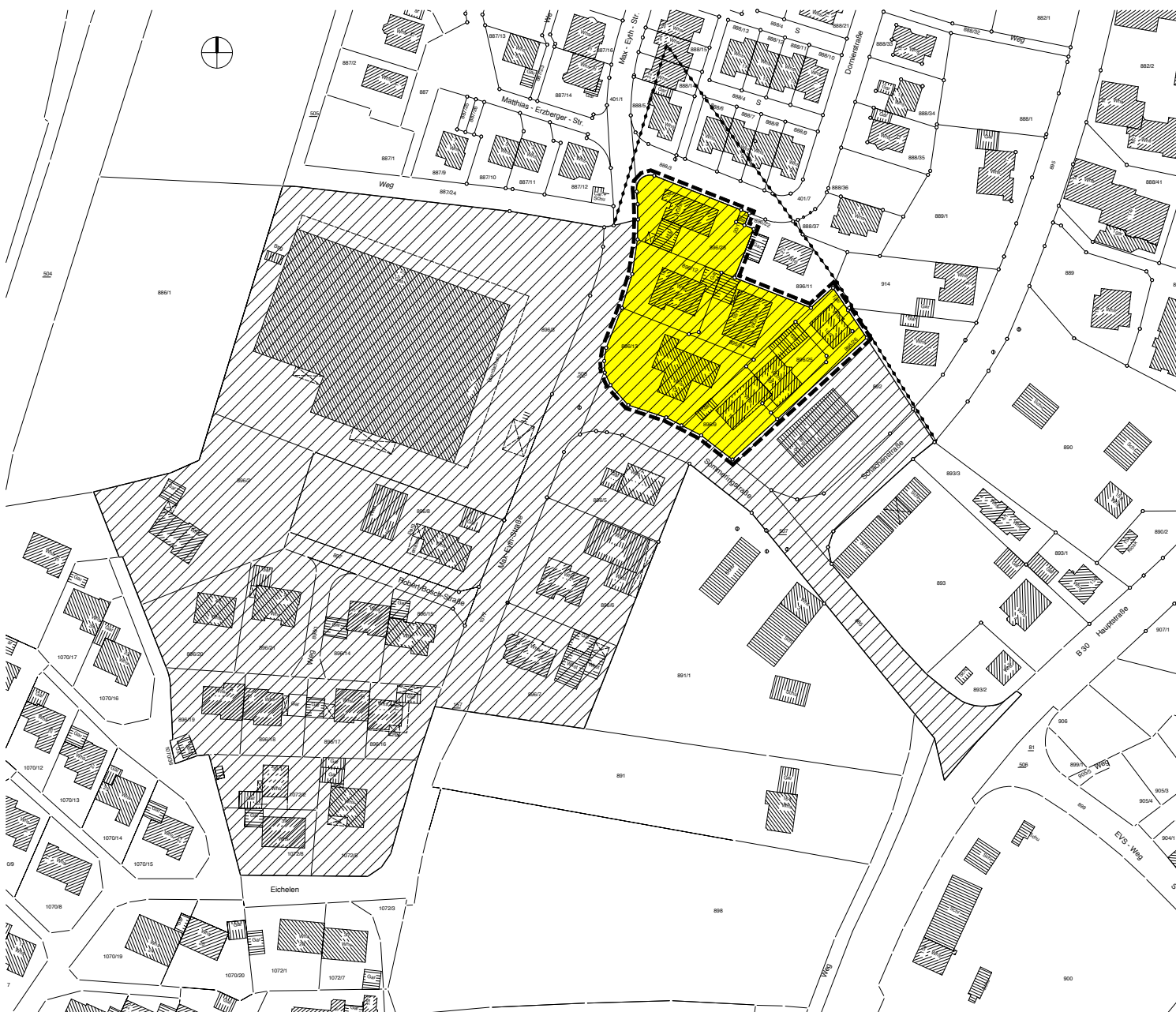
03.05.2006

Architekten BDA
Stadtplaner SRL

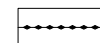
KRISCHPARTNER

Reutlinger Straße 4
72072 Tübingen
T 07071 - 9148 0
F 07071 - 9148 30

info@krischpartner.de
www.krischpartner.de



Geltungsbereich des Entwurfs zur Bebauungsplanänderung "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1" vom 27.06.1997



alte Geltungsbereichs-grenze des derzeit rechtskräftigen Bebauungsplans "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1"



Geltungsbereich des Bebauungsplans "Gewerbegebiet Buch, Teilgebiet 1, Bereich A"

Auftraggeber

**Gemeinde Meckenbeuren
Bodenseekreis**

Projekt

Projekt-Nr.
40512

**Bebauungsplan
"Gewerbegebiet Buch,
Teilgebiet 1, Bereich A"**

Anlage zur Begründung

Maßstab

**Abgrenzung des
Geltungsbereiches**

Planung

Krisch+Partner

Freie Architekten BDA
Freie Stadtplaner SRL
GbR

Reutlinger Straße 4
72072 Tübingen
T 07071 – 9148 0
F 07071 – 9148 30

info@krisch-partner.de
www.krisch-partner.de

Gez.: ha

Bl.-Gr.:

Datum: 01.02.2006